



Schöner
wohnen

thöny
MOBEL CENTER

Landtag

Die Sitzung von
gestern Mittwoch

Im Rahmen der öffentlichen Arbeitssitzung von gestern Mittwochvormittag genehmigte der Landtag den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Landesbank für 1976. Ausserdem wurde das Gesetz betreffend die Einhebung der Gewerbeumlagen in seiner neuen Fassung verabschiedet.

● **Besonderes Interesse** wurde naturgemäss der am 6. Mai 1976 eingebrachten Interpellation betreffend Unser Gesellschaft- und Bankwesen entgegengebracht. Für die Interpellanten gaben Landtagspräsident Dr. Gerard Ballner und der Sprecher der VU-Fraktion, Herbert Kindler, Erklärungen ab. Die Erklärung des Landtagspräsidenten veröffentlichten wir auf Seite 2 der heutigen Ausgabe. Auf die Ausführungen des VU-Sprechers in dieser Sache werden wir in unserer Samstagsausgabe zurückkommen.

Schliesslich nahm der Landtag noch eine Interpellation von drei VU-Abgeordneten zur Frage der Atomüll-Deponie entgegen. Den Text dieser Interpellation veröffentlichten wir nachstehend.

Atomüll

Interpellation im Landtag

Im Hinblick auf die in St. Gallen erhobene Forderung nach einem besonderen Enteignungsrecht für den Bau von Atomülldeponien und in Anbetracht der schwerwiegenden Problematik von Atomüll-Lagerstätten richteten die Abgeordneten Dr. Franz Beck, Cyrill Büchel und Hans Oehri (VU) gestern nachstehende Interpellation an die Regierung.

● Wie weit hat die Regierung in dieser Angelegenheit Informationen und nähere Auskünfte eingeholt?

● Ist die Regierung gewillt oder beabsichtigt sie, in dieser Sache rechtzeitig mit der Regierung des Kantons St. Gallen oder dem Bundesrat in Bern in Verhandlungen zu treten?

● Wie stellt sich die Regierung zu einer in der Umgebung vorgesehenen Atomülldeponie und zu verstärkten Aktivitäten zum Bau eines Atomkraftwerkes in Rütli?

● Was gedenkt die Regierung konkret in dieser Angelegenheit zum Schutze unseres Landes zu unternehmen?

Texon Finanzanstalt:

Verantwortliche sasssen im Ausland

Erklärung des Regierungschefs in der Landtagssitzung von gestern Mittwoch

Im Mittelpunkt des Interesses der öffentlichen Landtagssitzung von gestern Mittwoch vormittag stand naturgemäss die Frage, ob die Regierung zur SKA-Affäre eine Erklärung abgeben würde, nachdem die mit dem Finanzskandal zusammenhängende Texon-Anstalt in Vaduz mit Anlass für eine Interpellation war, die von Abgeordneten beider Parteien am 6. Mai eingebracht wurde.

In der Interpellation ging es vor allem um drei Fragen: a) inwieweit die Regierung versuche Missbräuche und Auswüchse im Holdingwesen zu verhindern, b) ob unser Bankengesetz in diesem Zusammenhang besser ausgebaut werden müsse, und c) ob die Gesetze betreffend das Gesellschaftswesen abgeändert werden müssten. Regierungschef Dr. Walter Kieber gab dazu nachstehende Erklärung im Namen der Regierung ab:

Die Regierung rechnet mit dem Verständnis des Landtags und der Öffentlichkeit, wenn sie die Interpellation, die vergangenen Freitag nachmittag in ihre Hände gelangt ist, erst zu einem späteren Zeitpunkt beantworten wird. Die Bedeutung

der von der Interpellation erfassten Thematik gebietet eine gründliche und emotionslose Abklärung der aufgeworfenen Fragen.

Die Regierung möchte jedoch in Anbetracht der besonderen Aktualität des Falles ausserhalb der Interpellationsbeantwortung eine Erklärung zur Bankaffäre der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA), soweit sie auch Liechtenstein betrifft, abgeben.

Aus einer Veröffentlichung der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich, ist zu entnehmen, dass in die Bankaffäre der SKA, Filiale Chiasso, die Texon Finanzanstalt, Vaduz, mitverwickelt ist, indem an diese Gesellschaft Kundengelder der SKA geleitet wurden, die wiederum für den Erwerb von Beteiligungen im Ausland Verwendung fanden.

Im geschäftsführenden Organ (Verwaltungsrat) der Texon Finanzanstalt, Vaduz, die am 17. April 1961 gegründet wurde, figurieren gemäss Eintragung im liechtensteinischen Öffentlichkeitsregister folgende Personen:

- Avv. Alfredo Nosedà, Vacallo/TI (seit 25. April 1961)
- Lic. iur. Harry Gstöhl, Vaduz (seit 23. April 1975)
- Franz Gstöhl, Vaduz (seit 28. Januar 1977)
- Dr. Hugo von der Crone, Zürich (seit 22. April 1977)

Neben den inzwischen aus dem Verwaltungsrat ausgeschiedenen Tessiner Rechtsanwälten Dr. Gada und Dr. Villa gehörten vom 28. Juni 1965 bis 4. Dezember 1969 Dr. Otto Töndury, Triesenberg, und vom 4. Dezember 1969 bis 23. April 1975 Dr. Peter Ritter, Vaduz, dem Verwaltungsrat der Texon an.

Die liechtensteinische Staatsanwaltschaft hat vor kurzem gegen alle Personen mit Wohnsitz in Liechtenstein, die Mitglieder des Verwaltungsrates der Texon sind oder waren, Ermittlungen eingeleitet über die Frage, ob im Geschäftsbetrieb der Texon im Laufe der letzten Jahre Verstösse gegen das Gesetz über die Kapitalanlagegesellschaften oder gegen Vorschriften

zum Schutz der Währung oder gegen das Bankengesetz vorgekommen sind.

● Die bisherigen Ermittlungen des Untersuchungsrichters beim FL Landgericht, Vaduz, haben keine Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten der in die Untersuchung einbezogenen Personen ergeben. Es konnte nicht festgestellt werden, welche Geschäfte die Texon tätigte, da keiner der liechtensteinischen Verwaltungsräte der Texon zu irgendeinem Zeitpunkt an der Durchführung von Geschäften der Texon beteiligt war oder von solchen Kenntnis hatte.

Es muss angenommen werden, dass die Geschäfte der Texon, soweit sie solche getätigt hat, vom Ausland aus durch dort wohnhafte Mitglieder des Verwaltungsrates abgewickelt wurden. Die Ermittlungen haben ergeben, dass die Texon bisher keine Geschäftsbeziehungen zu liechtensteinischen Banken unterhielt mit Ausnahme in bezug auf die kürzlich stattgefundene Kapitalerhöhung.

● Bezüglich der Beurteilung, ob Mitglieder des Verwaltungsrates mit Wohnsitz in der Schweiz gegen liechtensteinische Vorschriften verstossen und sich strafbar gemacht haben, sind die liechtensteinischen Behörden auf die Rechtshilfe der schweizerischen Behörden angewiesen.



Arbeitsplätze weiterhin sicher!

Zuversichtliche Lagebeurteilung an der Frühjahrstagung des Jugendreferates

Die Tatsache, dass Liechtenstein die Konjunkturlaute der letzten beiden Jahre besser überwunden hat als die meisten, vergleichbaren Gebiete in Europa, spricht für die Anpassungsfähigkeit und Vielseitigkeit unserer Wirtschaft und damit auch für die Sicherheit der Arbeitsplätze, die sie anzubieten hat. Wenn auf den internationalen Märkten keine weltweiten Zusammenbrüche erfolgen und sich die jungen Liechtensteiner auch in Zukunft den Gegebenheiten der jeweiligen Zeit anpassen können, können die Arbeitsplätze in unserer Wirtschaft auch weiterhin als gesichert angesehen werden.

Zu dieser zuversichtlichen Lagebeurteilung kam der Arbeitskreis «Arbeitsplatzsicherung», der sich an der Frühjahrstagung des Jugendreferates am vergangenen Samstag unter der Leitung von Martin Eberle (Balzers) mit der Frage auseinandersetzte, wie sicher die Arbeitsplätze in unserer Wirtschaft heute sind. Als kompetente Diskussionspartner standen den jungen Leuten Kommerzienrat Gustav Ospelt (aus der Industrie), VPB-Direktor Dr. Emil Heinz Batliner (aus dem Dienstleistungsbereich) und alt Gewerbesekretär Dr. Alfons Goop (aus Handel und Gewerbe) zur Verfügung. Die Stimme der Arbeitnehmererschaft wurde in dieser kleinen aber sehr effektiven Diskussionsrunde von LANV-Sekretär Eugen Büchel wahrgenommen.

Industrie: Vorteil der Flexibilität

Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die liechtensteinische Industrie nicht nur dank

ihrem hohen Spezialisierungsgrad, sondern auch dank ihrer Flexibilität und Bereitschaft, sich auf neue Märkte einzustellen, auch gegen Krisen erfolgreich antreten kann. Der im Rahmen der Frühjahrstagung erhobenen Forderung, auch die Kadernpositionen vermehrt mit Liechtensteinern zu besetzen, kann nur dann entsprochen werden, wenn auf Seiten der in Frage kommenden Liechtensteiner auch der Wille und die Bereitschaft zur Weiterbildung vorhanden ist. Die Exportabhängigkeit unserer Industrie kann kaum vom Lande aus beeinflusst werden. Einmal besitzen wir keine Handelsvertretungen, welche die Auslandsmärkte vom Ort beobachten, und zum zweiten übersteigt das Exportvolumen unserer Industrie (1976 nahezu 600 Millionen Franken) auch bei weitem die finanziellen Kapazitäten, die etwa im Rahmen von «Exportgarantien» von der öffentlichen Hand zu leisten wären.

Gewerbe: Unterschiedliche Auswirkungen

Unterschiedlich hat sich die Konjunktursituation im Gewerbe und damit auch auf die gewerblichen Arbeitsplätze ausgewirkt. Die härteste Bewährungsprobe hatte das Baugewerbe mit seinen Nebenzweigen (Transport usw.) zu bestehen, welches einem strengen Redimensionierungsprozess unterworfen wurde. Ueberinvestitionen aus den Jahren der Aufblähung wurden für viele Unternehmer zu einer schweren Last. Damit die bestehenden Arbeitsplätze erhalten und der «Gendenschwundprozess» in einem tragbaren Rahmen stattfinden kann, sollte der Sanierung von älteren

Wohnbauten vermehrt Beachtung geschenkt werden. Insofern ist auch die Zielsetzung des Staates zu begrüssen, die Altbauansanierung auch vom Gesetz her noch stärker als bisher zu fördern.

Fremdenverkehr, Landwirtschaft und Handel

Der Fremdenverkehr spielt auch als Arbeitgeber eine wichtige Rolle. Es gibt immerhin mehr als 100 Betriebe des Gastgewerbes, von denen ein nicht geringer Teil sehr vom Tourismus abhängig ist. Demgegenüber spielt die Landwirtschaft aufgrund des hohen Grades der Technisierung und des Rückganges der Betriebe als Arbeitgeber keine bedeutende Rolle mehr im Land. Aus Kreisen des Handels wird immer wieder an die Solidarität der Einheimischen mit dem einheimischen Handel appelliert. Denn Arbeitsplätze im Handel können nur gesichert werden, wenn nicht zuviel Kunden in die Einkaufszentren der Nachbarschaft abwandern.

Dienstleistungsbereich: Zuversicht

Im Dienstleistungsbereich (Banken, Versicherungen usw.) ist nach Meinung des diesbezüglichen Arbeitskreises an der Frühjahrstagung auch weiterhin mit Zuwachsraten zu rechnen. Arbeiteten noch 1950 nur 28 Prozent der aktiven Bevölkerung im Dienstleistungsbereich, so ist diese Zahl bis 1975 auf nahezu 40 Prozent angestiegen und dürfte inzwischen noch weiter gewachsen sein. Im tertiären Sektor herrscht deshalb auch hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung viel Zuversicht und Optimismus.

Arbeitsplätze:

Austausch

Eine Idee steht zur Diskussion

Eine nicht ganz alltägliche, vielleicht auch nicht ohne weiteres durchführbare aber immerhin originelle Idee wurde an der Frühjahrstagung des Jugendreferates in Sachen Arbeitsplatzsicherung geboren: Sollte man nicht eine Koordinationsstelle schaffen, welche sich permanent über die Beschäftigungslage in den einheimischen Industrie- und Gewerbebetrieben informiert und allenfalls dafür sorgt, dass Arbeitskräfte (mit deren Einverständnis) zwischen den Unternehmen ausgetauscht, statt vom einen auf die Strasse gestellt werden, während der andere dringend jemanden sucht? Die Idee wuchs aus der Tatsache, dass es namentlich auch im Gewerbe Unternehmen gibt, die eher zuviele Arbeitskräfte beschäftigen und diese einfach so lange durchzubringen versuchen, wie es geht, während andere aufgrund eines interessanten Auftrages längerfristig mit Personal unterdotiert sind.

VPB - die Bank für alle
Ihre Bank für alles
Zum Beispiel: **Konto-Korrente**

Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Vaduz
Telefon 075 / 23131

Dorland
Verkauf bei
Dünser Tabak Vaduz
HAVANA
Cigars